



Rede der FDP-Fraktion zur Einbringung des Haushalts der Gemeinde Anröchte für das Jahr 2024

## Es gilt das gesprochene Wort

*Alles ist verloren, wenn wir uns entscheiden, auf nichts zu verzichten.*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schmidt,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,  
sehr geehrte Zuhörer\*Innen,  
sehr geehrte Frau Meschede der Zeitung Patriot!

mit diesem Zitat von Richard von Weizsäcker begrüße ich Sie herzlich zu unserer Haushaltsrede.

Globale Krisen wie Krieg und Vertreibung, schlechte wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland sowie die allgemein gesellschaftliche Unzufriedenheit fordern uns auch hier im Gemeinderat in diesem Jahr stärker als bislang heraus.

Der von der Verwaltung vorgestellte Haushaltsplanentwurf lässt wenig Spielraum für Gestaltungsmöglichkeiten. Infolge der geplanten Investitionen bis 2027, einer ungewissen Ertragslage bei Steuereinnahmen sowie rückläufiger Förderzusagen sind wir der drohenden Haushaltssicherung intensiver ausgesetzt, als in den vergangenen Jahren. Wir müssen gemeinsam den Haushalt konsolidieren, um nicht in die Haushaltssicherung zu gelangen.

Meine Damen und Herren,

in den kommenden Jahren wird die Verschuldung eine Größe erreichen, welche ein Risiko für die Gemeinde für 2 – 3 Jahrzehnte bedeutet. Wir haben bereits im letzten Jahr darauf hingewiesen, dass Investitionen in die Folgejahre verschoben werden müssen, wenn sie nicht aus echten



Eigenmitteln solide gegenfinanziert werden. Stichwort: **Intergenerativer Gerechtigkeit!**

In Zahlen ausgedrückt:

Die Investitionskredite steigen im Zeitraum bis 2027 von € 17,2 Mio. auf € 44,0 Mio., die Liquiditätskredite von € 3,0 Mio. auf € 12,7 Mio. Für Tilgungen sind in der Spitze € 3,6 Mio. jährlich vorgesehen. Die höchste jährliche Zinsbelastung ist vorsichtig gerechnet mit € 1,6 Mio. angesetzt.

Unter diesem Gesichtspunkt der drohenden Haushaltssicherung sind alle Akteure aufgefordert, das Wichtige und Richtige für die **intergenerative Gerechtigkeit** in Anröchte zu tun. Wir, als ehrenamtliche Gemeinderatsmitglieder, stehen genau wie der Bürgermeister und die Verwaltung für unser Handeln im Fokus der Öffentlichkeit. Aber auch die Begünstigten (z. B. Feuerwehr) mancher notwendigen Investition sind im Blickfeld unserer Anröchter Bürgerschaft.

Meine Damen und Herren,

als wir uns im Herbst letzten Jahres mit der Verwaltung zur Vorbesprechung des Haushalts für 2024 getroffen haben, sah die Lage ernster aus. Wir drohten direkt in 2024 in eine Haushaltssicherung abzurutschen, wenn alle aufgeführten Maßnahmen in der zeitlichen Abfolge so umgesetzt worden wären, wie ursprünglich geplant.

Ihnen Herr Bürgermeister, der Kämmerin Frau Stich sowie dem Team dahinter sprechen wir unseren Dank aus, dass auch die Anmerkungen aller Fraktionen bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs berücksichtigt wurden. In diesem Jahr müssen wir jede Ausgabe auf den Prüfstand stellen und auch Möglichkeiten der Ertragsverbesserung abklopfen.

Eine Erhöhung des Eintritts ins Freibad, der Kirmes-Standgelder oder der Miete für das Bürgerhaus wären Punkte für eine Ertragsverbesserung. Dies



lehnen wir aber nach sorgfältiger Diskussion in unserer Fraktion ab. Erstens kommen keine starken Erträge zusammen, um die hohen Aufwendungen auszugleichen, zweitens würde es unsere engagierte Bürgerschaft treffen, welches wir für nicht gerecht halten.

Ebenso im Raum stehen mögliche Erhöhungen der Gewerbesteuer und Grundsteuer. Anröchte zählte immer zu den TOP 5-Kommunen im Kreis Soest, was die Höhe der Hebesätze anbelangt. Aktuell vollziehen einige Kommunen Steuererhöhungen, so dass wir im Wettbewerb für neue Gewerbeansiedlungen, sofern ausreichend Gewerbeflächen vorhanden sind, gestärkt sind. Eine Anpassung der Hebesätze z. B. um 100 Basispunkte würde Anröchte Einnahmen bei der Gewerbesteuer von € 2 Mio. und bei der Grundsteuer von T€ 400 beschern. Wir sind aber gegen schwelende Ideen für Steuererhöhungen, weil dies zu einer zusätzlichen Belastung der heimischen Wirtschaft und auch der Bürgerschaft führt.

Einnahmen können wir mittelfristig durch die Genehmigung für die Errichtung von Windenergieanlagen über städtebauliche Verträge erzielen. Neben Einnahmen, die der Gemeinde zugutekommen, können über ein Stiftungsmodell Projekte oder Maßnahmen des Gemeinwohls gefördert werden.

Die Windenergie ist eine gute Sache. Jedoch müssen wir die Balance halten, dass wir Anröchte nicht mit Windrädern umzingeln und somit letztendlich die Lebensqualität aller hier lebenden Menschen beeinträchtigen. Wir stimmen der Errichtung neuer Anlagen in den Konzentrationszonen gemäß Regionalplan zu. Darüber hinaus ist die Ansiedelung neuer Anlagen kritisch zu hinterfragen und ggf. zu versagen.

Kommen wir nun zu einer Bewertung einzelner Punkte aus dem Haushaltsplan, die uns dazu bewegen, dem Haushaltsplanentwurf in der vorliegenden Form keine Zustimmung zu geben.



Wir unterstützen den Antrag der CDU, dass für das BHZ eine Obergrenze von € 8 Mio. eingetragen wird, wie auch schon im vergangenen Jahr. Bis heute liegen uns keine mit Kosten versehenen Planungen vor.

Aufgrund geringerer oder wegfallender Förderzusagen bei barrierefreien Wartehallen insgesamt über € 1,5 Mio. sind wir der Ansicht, diese Maßnahmen bis auf Weiteres auszusetzen und in der Planung nicht mehr aufzuführen. Wir stellen hierzu den Antrag, barrierefreie Wartehallen aus den Planungen zu streichen.

Bei den Sanierungsmaßnahmen für Wirtschaftswege sind die Förderzusagen nunmehr geringer als ursprünglich zugesagt. Die Instandsetzungen zusätzlicher Wirtschaftswege können aus unserer Sicht nur erfolgen, wenn die prozentualen Förderbeträge wieder höher sind. Wir regen an, Wirtschaftswege, die z. B. an der Bundesstraße als Sackgasse enden und nicht mit anderen Wegen kreuzen, den jeweiligen angrenzenden Grundstücksbesitzern zum Kauf anzubieten. Für die Gemeinde würden somit Entlastungen ermöglicht und die Haftung für die Instandhaltung auf die Verursacher übertragen.

Weiterhin gelingt es nicht, die Ausdehnung des Stellenplans zu stoppen. Von 2022 mit 102,11 Stellen tarifbeschäftigter Mitarbeitenden waren es 2023 dann 104,97 und in diesem Jahr 113,53 Stellen. Die Personalaufwendungen erhöhen sich in diesem Jahr um 18,5 % von € 7,6 Mio. auf € 9,0 Mio. Im Vergleich zu anderen Kommunen im Kreis Soest hat die Gemeindeprüfanstalt (GPA) festgestellt, dass wir seit letzter Prüfung Personal über dem Durchschnitt im kreisweiten Vergleich aufgebaut haben.

Deshalb wiederholen wir unsere Forderung vergangener Haushaltsreden an die Verwaltung, Personalkosten einzudämmen, indem Potentiale der Digitalisierung voll ausgeschöpft werden oder die interkommunale Zusammenarbeit voranzubringen. Ebenso sind Umbesetzungen wünschenswert, um Stellen mit „kw-Vermerk“ zu streichen.



Für den Ratssaal ist eine Neuanschaffung des Mobiliars im Wert von T€ 60,5 geplant. Aufgrund der angespannten Haushaltslage sind wir der Ansicht, dass diese Maßnahme bis auf weiteres ausgesetzt werden kann und stimmen einer Anschaffung nicht zu.

Einer Errichtung für eine neue Unterkunft für Schutzsuchende stimmen wir zu, da die Finanzierung über ein zinsloses Darlehen erfolgen wird. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt die Zahl der Schutzsuchende abgenommen hat, dann kann dieses Gebäude für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden.

In dem Zusammenhang regen wir erneut an, vorhandene Gebäude und Liegenschaften auf mögliche Veräußerung zu überprüfen, um laufende Aufwendungen zu reduzieren.

Erfreut sind wir, dass eine teilweise Reduzierung für die OGS- und Randstundenbetreuung durch unseren Antrag umgesetzt werden konnte und die Eltern so um knapp T€ 18 entlastet wurden.

Des Weiteren nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis, dass im Haushalt noch T€ 20 für den Umweltschutz gemäß unserem ursprünglichen Klima-Fit-Antrag bedacht sind. In Zeiten des Klimawandels ist dies ein richtiges Zeichen!

Eine Herzensangelegenheit stellt für uns Liberale die Zusammenarbeit und Wertschätzung mit der Feuerwehr Anröchte dar.

**Ja, alle Wehrleute verdienen für ihren unermüdlichen Einsatz für das Gemeinwohl unsere volle Anerkennung.**

Jedoch wird uns ein BHZ in dem jetzt geplanten Umfang in den nächsten Jahrzehnten keinen Raum für andere sinnvolle Investitionen (z. B. vernünftige Ausstattung an den Schulen und in den Kitas oder der Sanierung von Bürgerhaus und/oder Waldfreibad) lassen.

Frank Reimann  
Fraktionsvorsitzender

59609 Anröchte



Freie  
Demokraten

Ortsverband  
Anröchte **FDP**

Ratsfraktion  
Anröchte, 5. März 2024

Deshalb bitten wir die Wehrführung, mit allen Fraktionen einen Kompromiss zu finden.

*Alles ist verloren, wenn wir uns entscheiden, auf nichts zu verzichten.*

Abschließend danken wir der Kämmerin Frau Carolin Stich mit ihrem Team der Finanzverwaltung, den Amtsleiter\*Innen sowie unserem Bürgermeister Alfred Schmidt für die Beantwortung unserer Fragen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Frank Reimann  
Fraktionsvorsitzender